25-1192-1

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
2051/57

Protokoll zweier Unterredungen mit Schulrat a.D.Richard Meyer

am 5. und 6. September 1956 in Bonn

M. ist als Mitbegründer und Führer der memelländischen Volkspartei, als langjähriger Vizepräsident des Landtages, zweiter Vorsitzender des Memeldeutschen Kulturbundes und als Beauftragter für die Übermittlung memeldeutscher Beschwerden an den Völkerbund und die Signatarmächte der Memelkonvention einer der berufensten Zeugen für die Entwicklung der memelländischen Verhältnisse.

Zur Frage der reichsdeutschen Subventionen erklärte M.: Die beiden wesentlichsten Organisationen, die hierbei neben dem VDA in Erscheinung traten, seien einmal die Deutsche Stiftung unter Kraemer-Möllenberg und die Vereinigten Finanzkontore unter Leitung des ehemaligen Graudenzer Bürgermeisters Dr. Max Winkler gewesen. Beide Garnvereinigungen seien unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg in Berlin ins Leben gerufen worden, und unter ihrer Adresse seien die vom Auswärtigen Amt stammenden oder sonstigen öffentlichen Gelder den Memeldeutschen wie auch anderen Auslandsdeutschen zugeflossen. Die Vereinigten Kontore hätten vor allem die landwirtschaftliche Kreditbank AGRARIA in Tilsit unterstützt, während die Deutsche Stiftung in der Regel die direkt für die memeldeutschen Parteien und Organisationen bestimmten Gelder zu Verfügung stellten. Der Weg sei dabei der gewesen, dass die Gelder aus dem Reich über das deutsche Generalkonsulat in Memel oder direkt von Ostpreußen bzw. Berlin her auf das Konto des Kulturbundes überwiesen wurde. Dies war unverdächtig, weil der Kulturbund als wirtschaftlich-soziale und kulturelle Hilfsorganisation das auch von litauischer Seite zugestandene Recht besass, z.B. zur Unterstützung der memeldeutschen Pensionäre und Invaliden Gelder zu verteilen. Bei den Wahlen von 1932 seien für Zwecke des Wahlkampfes, so z.B. 10.000 RM vom Reiche überwiesen worden. Er, Meyer, der in Sachen der Geldverteilung memeldeutscher Vertrauensmann war, sei dabei von der litauischen Polizei verhaftet worden. Er habe sich jedoch herausreden können, dass es sich nicht um Geld für politische Zwecke sondern um Kulturbund-Geld gehandelt habe. Bei der Verteilung der Gelder habe man ihm, Meyer, sowie den anderen memeldeutschen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-1192-2

Vertrauensleuten im Reiche relativ freie Hand gelassen, und es sei im Memelgebiet auch darauf gesehen worden, dass alle deutschen politischen Gruppen (einschliesslich den Sozialdemokraten) mit Geldern bedacht wurden. Auch nach 1933 seien die Vereinigten Finanzkontore und die Deutsche Stiftung unabhängiger von der NSDAP geblieben als z.B. der VDA , so dass auch während dieser Zeit keine Verteilung der Mittel nach engen parteipolitischen Gesichtspunkten zu erfolgen brauchte. Nach 1933 seien ihm wiederholte Vorwürfe gemacht worden, er berücksichtige die Sovog (Partei Dr. Neumanns) nicht genügend bei der Verteilung der Mittel. Dabei sei es aber bekannt gewesen, dass die Sovog auf direktem Wege von der ostpreußischen NSDAP in ausreichendem Maße finanziert wurde.

Ausführlich äusserte sich M. über das gegenseitige deutsch-litauische Spitzelwesen im Memelgebiet. In drei Fällen insbesondere sei es den Litauern gelungen, ihre Agenten in führende memeldeutsche Positionen und sogar in leitende Stellungen der NSDAP zu bringen. Diese drei Personen waren:

1. Der stellvertretende Gaugeschäftsführer der NSDAP in Ostpreußen, H e r t e l
2. Der Redakteur der MEMELLÄNDISCHEN RUNDSCHAU, Z i m m e r
3. Der Geschäftsführer des Memeldeutschen Kulturbundes P z i b y l l a.

Insbesondere Hertel habe eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Schon seit ungefähr 1930 sei er, ähnlich wie v. Saß und seine Anhänger, geheimes Mitglied der ostpreußischen NSDAP geworden und habe sich auf Grund dessen nach 1933 im Memelgebiet schnell eine einflussreiche Stellung verschaffen können. Schon dabei machte er z.T. mit Mitteln des Reiches eine Reihe betrügerische Geschäfte (liess sich z.B. die mit reichsdeutschen Mitteln bezahlten und als Geschenke für die memeldeutsche Bevölkerung bestimmten Radioapparate von den Empfängern bezahlen). Um 1934/35 wusste er ihm, Meyer, gegenüber glaubhaft zu machen, dass er wegen seiner nationalsozialistischen Äusserungen von den Litauern verhaftet zu werden drohte, so dass er (Meyer) beim deutschen Generalkonsulat eine Einreisegenehmigung nach Deutschland für Hertel befürwortet habe. In Königsberg habe Hertel dann schnell Karriere gemacht und sei zum stellvertretenden Gaugeschäftsführer aufgestiegen. Erst während des Krieges sei sein Verrat aufgedeckt worden(ebenso die Fälle Zimmer und

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-1192-3

Pzibylla). Anlaß dazu war die Verhaftung verschiedener litauischer Nationalisten nach dem deutschen Einmarsch in Litauen, die bei ihrer Vernehmung durch die Gestapo die Rolle der drei litauischen Agenten aufdeckten. Es habe dann ein grosses Volksgerichtsverfahren in Berlin gegeben, wodurch alle drei zum Tode verurteilt wurden. Zimmer und Pzibylla seien erhängt worden, Hertel habe als hoher NS-Funktionär durch erschiessen geendet.

Meyer führte aus, dass er 1934, als er sich gerade im Reich befand die Nachricht erhielt, im Memelgebiet drohe seine Verhaftung. Das Auswärtige Amt habe ihn daraufhin von der Rückkehr zurückgehalten. Seit dieser Zeit sei er nicht mehr im Memelgebiet gewesen, sondern habe von reichsdeutschem Boden aus die Vermittlung der memeldeutschen Belange sowohl gegenüber reichsdeutschen Stellen wie gegenüber dem Ausland in die Hand genommen. Lange Zeit habe er in der ostpreußischen Geschäftsstelle des VDA in Königsberg in enger Zusammenarbeit mit ihrem Leiter (Prof. Oberländer) gearbeitet. Es sei damals vor allem darum gegangen, die reichsdeutsche Presse und den deutschen Rundfunk im Sinne der Memeldeutschen zu informieren und zu beeinflussen. Auch mit ~~dem~~ Legationsrat v. Grundherr habe er all die Jahre in engstem persönlichen und freundschaftlichem Kontakt gestanden. Nachdem durch Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund der Beschwerdeweg nach Genf nicht mehr sinnvoll war, habe er (im Kontakt mit dem Auswärtigen Amt) durch verschiedene Reisen, vor allem nach London, die Regierungen der Signatarmächte auf direktem Wege für die memeldeutschen Beschwerden zu gewinnen gesucht. Aus diesem Blickpunkt der aussenpolitischen Werbung habe er auch das Vorgehen der nationalsozialistischen Parteien im Memelgebiet missbilligt. Ihre Methoden mussten zwangsläufig im Ausland Argwohn erregen, und so harmlos manche der aus jugendlichem Eifer unternommenen Aktionen im Memelgebiet waren, so mussten sie doch als höchst unklug erscheinen. Wegen seiner diesbezüglichen Kritik habe er, Meyer, schon 1933, vor allem mit der HJ Krach bekommen, weil er ihr Vorgehen kritisierte. Tilsiter HJ sei nachts über die Grenze gekommen, man habe geheime Treffen mit der memeldeutschen Jugend veranstaltet, gemeinsam NS-Lieder eingeübt und Märsche unternommen, im Rausche der Begeisterung eine von den Litauern an der Grenze gepflanzte Freiheitseiche gefällt, litauische Denkmäler zerstört und ähnliches. Die Folge solcher jugendlichen Unbesonnenheiten sei dann ein scharfes Zugreifen der litaui-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-1132-4

schen Polizei gewesen, der vor allem die memeldeutschen Jugendlichen zum Opfer fielen, während die Tilsiter HJ sich über die Grenze zurückzog.

Auf Befragen erklärte M., dass Heß's Verbot der Einmischung von Parteistellen in auswärtige Angelegenheiten vom Sommer 1934 direkt mit den Ereignissen im Memelgebiet in Zusammenhang stünde. Er, Meyer, habe im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt auf einen solchen Erlaß hingewirkt, um im Ausland zu bewirken, dass die Reichsführung nicht für das bedenkliche Vorgehen einzelner SA-Leute oder memeldeutscher Nationalsozialisten verantwortlich gemacht würden. Er selbst habe erlebt, welch negativen Stimmungsumschwung solches Vorgehen im Ausland gegenüber der deutschen Sache hervorrief, als er gerade zur Zeit des Dollfuß-Mordes 1934, in London mit maßgeblichen britischen Politikern in der Memelfrage verhandelte. Als dort die Nachricht vom Dollfuß-Mord eintraf, hate sein englischer Vernandlungspartner sofort die Unterredung mit ihm abgebrochen.

Meyer kam dann noch im einzelnen auf die Zeit der nationalsozialistischen Parteibewegung 1933/34 zu sprechen. Er bestätigte das Bild des Freiherrn v. Saß, den er als einen hoffnungslos dem Alkohol verfallenen, im übrigen naiven und sektiererischen Mann bezeichnete. Ursprungszelle der von Saß 1933 gegründeten Christlich-Sozialen Arbeitsgemeinschaft sei eine Gruppe meist jüngerer Anhänger von Saß gewesen, die ihre revolutionäre christlich-soziale und antisemitische Gesinnung als Nationalsozialismus verstanden und schon mehrere Jahre vor 1933 insgeheim Mitglieder der reichsdeutschen NSDAP geworden waren. Neben v. Saß spielten Prieß und Jesutis eine gewisse Rolle. Nachdem die Gegenpartei der Sovog unter Dr. Neumann gegründet worden war (Juni 1933), verlor Saß in Ostpreußen (Kreisleiter Moser in Tilsit und Gauleiter Koch in Königsberg) jede Unterstützung. Als er trotz strikter Anweisungen, die im Namen der reichsdeutschen Stellen über das Generalkonsulat an ihn ergingen, zusammen mit einigen Anhängern nicht zur Neumann-Partei übertrat, wurde von Ostpreußen her ein regelrechter Boykott gegen die Chrisag inszeniert. Besonders drastisch tat sich dabei der junge an das Memeler Generalkonsulat entsandte Attaché Dr. Strack hervor, der sich nicht scheute, die Saß-Anhänger mit der Waffe zu bedrohen , um ihren Parteiwechsel zu erzielen. Bei Dr. Strack geschah dies weniger aus nationalsozialistischem Fanatismus, vielmehr glaubte er durch möglichst forsches Auftreten sich als

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-1192-5

junger Diplomat bewähren zu müssen. Obwohl ein Teil der Anhänger v. Saß's sehr schnell zur Sovog umgeschwenkt war, blieb eine andere Gruppe - durch die Anfeindungen vom Reich in ihrem Treuekomplex gegenüber v. Saß nur noch bestärkt - der Chrisag treu. Wenn Neumann in Königsberg wie in Berlin (Auswärtiges Amt, Heß, Rosenbergs Aussenpolitisches Amt) auch die stärkeren Trümpfe besass, so war doch Saß nicht gänzlich ohne Fürsprecher im Reich. So habe u.a. der Stettiner Gauleiter Schwede-Coburg, der selbst in Memel aufgewachsen sei und enge Kontakte dorthin unterhielt, auf seiten von Saß gestanden. Deprimierend sei es gewesen, dass das deutsche Generalkonsulat in Memel aus purer Dienstbeflissenheit und ohne dass dafür ein wirklicher Zwang bestanden hätte, in der krisenvollen Zeit der Jahre 1933/34, praktisch zum Befehlsempfänger des Kreisleiters von Tilsit herabgesunken wäre. Generalkonsul sei damals Töpke gewesen, der 1935 durch v. Sauckel abgelöst wurde. Zwar seien die im Kownoer Prozess erhobenen Anklagen gegen die nationalsozialistische Partei, soweit sie ihnen einen ausgearbeiteten Umsturzplan unterstellten, übertrieben gewesen, doch habe man damals bei den Sovog-Leuten im Memelgebiet, insbesonders auch bei der Jugend, sowie in Tilsit(SA, HJ) offenbar tatsächlich geglaubt, durch eine Art nationalsozialistischer Machtergreifung das Memelland " heim ins Reich" führen zu können. Während die Landwirtschaftspartei sich personell und politisch engstens mit der Sovog liierte(ihr Führer v. Dressler trat ihr als einer der ersten bei), was ihrer praktischen Selbstauflösung gleichkam, hielt sich die Volkspartei bewusst zurück, teils aus taktischen Gründen (um den Anschein zu vermeiden, als würde vom Reich alles gleichgeschaltet), teils aber auch aus Ablehnung der unsesonnenen NS-Methoden. Über die Rolle des Bund Deutscher Osten (BDO) unter Oberländer im Zusammenhang mit den Ereignissen im Memelgebiet wusste M. wenig zu sagen. Hauptinteressengebiet des BDO sei ja Polen und Danzig gewesen, in der Memelfrage sei er weniger aktiv geworden. 1933 habe Oberländer die Leitung des ostpreußischen VDA übernommen, nachdem sein Vorgänger, eine Dame, wegen ihrer Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei den Nazis nicht mehr tragbar erschienen. Schon wenig später (1934 oder 1935) sei Oberländer Vorsitzender des BDO geworden. Auf eine diesbezügliche Frage verneinte M., dass er mit der ge-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-1192-6

schäftsführenden Vorsitzenden des Memelland-Bundes, Frau Brönner-Höpfner, verwandt sei. Was die weitere Entwicklung der memeldeutschen Verhältnisse nach 1935 betraf, so bestätigte M., dass der Kontakt über das Generalkonsulat mit dem Auswärtigen Amt sowie durch andere Mittelsmänner mit reichsdeutschen NSDAP-Stellen weiterhin sehr eng blieb. Auch die VOMI und die AO waren im Memelgebiet vertreten, letztere durch Pg.Scheimat, der zugleich als Attaché beim Generalkonsulat akkreditiert war. Insbesondere sei die erstmals bei den Wahlen von 1935 in Erscheinung getretene Einheitsfront aller memeldeutschen Kandidaten in entscheidender Weise von reichsdeutscher Seite forciert worden.

Auf die Frage, wie es kam, dass v. Saß nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis gänzlich in der Versenkung verschwunden sei, erzählte M., dass man ihm, nachdem er entlassen worden war, auf Betreiben von Parteistellen und des Auswärtigen Amtes mit einer grossen Pfarrstelle in Deutschland abgespeist habe, um ihn mundtot zu machen. Ähnlich sei es nach dem März 1939 ja auch Dr. Neumann ergangen, der in Ostpreußen als Direktor der Ostpreußischen Landschaft eine der höchst dotierten Positionen und dazu ein grosses Gut erhalten habe und dadurch von dem schlauen Koch in den Augen der Memelländer bewusst diskreditiert und politisch mundtot gemacht worden sei. Abschliessend kam M. im Zusammenhang mit verschiedenen Fragen noch auf einige Punkte der Zeit vor 1933 zu sprechen.

Die in den Jahren von 1920 - 23 starken Bestrebungen der Memeldeutschen zur Bildung eines memelländischen Freistaates hätten mit der Angliederung an Litauen ihr Ende gefunden. Seitdem seien die deutschen Parteien nur noch von dem Gedanken der Rückkehr ins Reich beherrscht gewesen. Die Wahlen von 1925 mit ihrem überraschend grossen Erfolg seien ein wahres Volksfest für die Memeldeutschen geworden, es sei dabei etwas spürbar gewesen von " Volksgemeinschaft" (quer durch alle deutschen Parteien),und " wir hatten keine Ahnung, dass man das später nationalsozialistisch nennen würde".

Bei den Streitigkeiten um die Berufung der Direktoriumspräsidenten habe in der Stresemann'schen Aera das Auswärtige Amt daraufhin gewirkt, dass die deutschen Parteien sich mit den Litauern verständigen sollten. Dies sei von den Memeldeutschen als eine Verzichtpolitik verstanden und z.T. verübelt worden. Innerhalb der Volkspartei habe z.B. Dr. Kraus ebenfalls im Gegensatz zu den radi-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-1192-7

kaleren Richtungen verlangt, dass man mit den Litauern endlich einmal " zu Stuhle kommen" müsse. Aus solchen Erwägungen sei es z.B. 1927 zur Bildung des Direktoriums Kadghien gekommen, das keineswegs die ungeteilte Zustimmung der deutschen Landtagsabgeordneten besass. Am ehesten bereit zum Zurückstellen der nationalen Gegensätze seien noch die sozialdemokratischen Führer gewesen, die z.B. in Heydekrug mit den National-Litauern (Simonaitis) in persönlich und auch politisch z.T. recht guten Beziehungen standen. Den Mehrheitsparteien warfen die Sozialdemokraten des öfteren vor, sie seien zu nationalistisch und gingen in ihren Forderungen gegenüber den Litauern zu weit.

Bis 1934 habe M. insges. rd. 20 Beschwerden des Memeler Landtages dem Völkerbund überbracht (meist zusammen mit Abg. Gubba von der Landwirtschaftspartei), daneben habe es noch andere, private Beschwerden gegeben.

Was die Memeldt. Kulturorganisation betrifft, so erklärte M. Der Dt.-lit. Heimatbund habe bis 1923 gewirkt. Mit der Angliederung an Litauen sei an seine Stelle der Memeldt. Kulturbund getreten, mit Conrad als 1. Vors., 1933 ~~da~~ sei Pfarrer Podlas (Mitgl. der Sovog) Leiter geworden.

Ab. Nov. 1938 ~~[illegible]~~ Umbenennung in Memeldt. Kulturverband unter Leitung Dr. Neumanns u. seiner Leute.

Dr. M. Brüszat

Institut für Zeitgeschichte - Archiv